

Bulgarien und Rumänien im Rampenlicht der EU

AUTOR

Marion Dezenter
Telefon: 0 69/91 32-28 41
research@helaba.de

REDAKTION

Dr. Stefan Mitropoulos

HERAUSGEBER

Dr. Gertrud R. Traud
Chefvolkswirt/
Leitung Research

Helaba

Landesbank

Hessen-Thüringen

MAIN TOWER

Neue Mainzer Str. 52-58

60311 Frankfurt am Main

Telefon: 0 69/91 32-20 24

Telefax: 0 69/91 32-22 44

Seit ihrem EU-Beitritt 2007 haben Bulgarien und Rumänien wirtschaftlich einige Fortschritte erzielt. Nun strebt Bulgarien nach weiteren Integrationsschritten. Die aktuelle und in Rumänien baldige EU-Ratspräsidentschaft bietet den Ländern eine gute Plattform, sich zu präsentieren. Einige hartnäckige Probleme sollten dabei allerdings nicht aus dem Blick geraten.

Die Nachbarländer weisen neben ihrer geographischen Lage im Südosten der EU einige Gemeinsamkeiten auf, wie das dynamische Wirtschaftswachstum bei noch relativ geringem Wohlstandsniveau sowie strukturelle Schwächen. In beiden Ländern gibt die Inlandsnachfrage der Konjunktur Schwung. Auch die immer wieder kritische politische Stabilität, die Korruptionsproblematik und Mängel im Justizwesen kennzeichnen sowohl Bulgarien als auch Rumänien. Seit ihrem EU-Beitritt 2007 unterliegen sie daher dem sogenannten Kooperations- und Kontrollverfahren der EU, das den Aufbau der Verwaltungs- und Justizsysteme unterstützen soll.

Rumänien und Bulgarien weisen aber auch prägnante Unterschiede auf. Auf den ersten Blick fällt die Diskrepanz bei der Größe der Volkswirtschaften auf, denn Rumänien zählt mit knapp 20 Mio. Einwohnern mehr als doppelt so viele Bürger wie Bulgarien mit gut sieben Mio., wobei beide Länder mit Abwanderung zu kämpfen haben. Die Wirtschaftsleistung pro Kopf in Kaufkraftparitäten ist in Rumänien etwas höher. Der aktuell augenfälligste Unterschied ist, dass Bulgarien sich gezielt für den Antrag zur Euro-Einführung in Position bringt, während Rumänien sich hier noch zurückhält. Durch die aktuellen Beitrittsdiskussionen und die EU-Ratspräsidentschaft, die Bulgarien im ersten Halbjahr 2018 innehat und Rumänien ab Januar 2019 von Österreich übernimmt, sind die Länder stärker ins europapolitische Blickfeld gerückt.

Prognoseübersicht Rumänien und Bulgarien

		2016		2017		2018p		2019p	
		Rum.	Bulg.	Rum.	Bulg.	Rum.	Bulg.	Rum.	Bulg.
BIP, real	% gg. Vj.	4,8	3,9	6,9	3,6	4,1	3,8	3,3	3,2
Budgetsaldo	% des BIP	-3,0	0,2	-2,9	0,9	-3,5	-1,0	-3,6	0,3
Leistungsbilanzsaldo	% des BIP	-2,1	2,3	-3,4	4,5	-4,0	3,1	-3,7	2,4
Arbeitslosenquote	%	5,9	7,7	4,9	6,2	4,7	5,2	4,6	4,7
Inflationsrate	% gg. Vj.	-1,5	-0,8	1,3	2,1	4,7	2,3	3,8	2,7

Quellen: EIU, Eurostat, Helaba Volkswirtschaft/Research

p = Prognose

Die Publikation ist mit größter Sorgfalt bearbeitet worden. Sie enthält jedoch lediglich unverbindliche Analysen und Prognosen zu den gegenwärtigen und zukünftigen Marktverhältnissen. Die Angaben beruhen auf Quellen, die wir für zuverlässig halten, für deren Richtigkeit, Vollständigkeit oder Aktualität wir aber keine Gewähr übernehmen können. Sämtliche in dieser Publikation getroffenen Angaben dienen der Information. Sie dürfen nicht als Angebot oder Empfehlung für Anlageentscheidungen verstanden werden.

Die EU-Ratspräsidentschaft – eine Bühne für Osteuropa

Die Ausrichtung der EU-Ratspräsidentschaft ist für beide Länder ein Novum. Schwerpunkte während der laufenden Präsidentschaft Bulgariens waren u.a. die Verhandlungen für den nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR, ab 2021), der von einem Schwund der Mittel nach dem Brexit geprägt sein wird, die Stärkung des Schengen-Raums, das Thema Digitalisierung sowie die Konkretisierung der EU-Beitrittsperspektiven für die Balkanländer. Die Zielsetzungen werden dabei nicht im Laufe eines Halbjahrs abgehandelt, sondern erstrecken sich in der Regel über mehrere Amtsperioden. Ein persönliches Ziel Bulgariens, mit dem Beitritt zum Europäischen Wechselkursmechanismus (WKM II) dem Euro ein Stück näher zu kommen, war ebenfalls ein wichtiges Thema im ersten Halbjahr 2018. Auch zwischen den beiden Amtsperioden Bulgariens und Rumäniens ist mit Österreich ein Land zuständig, dem wegen enger wirtschaftlicher Beziehungen an einer weiteren Integration Zentralosteuropas in die EU gelegen ist.

Publicity im europäischen Rampenlicht

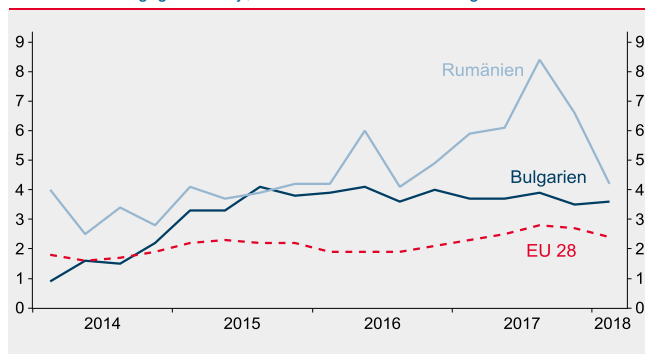
Daneben bietet die jeweils sechsmonatige Phase im Fokus der Berichterstattung den Ländern der Ratspräsidentschaft eine gute Gelegenheit, nicht nur ihre Themen öffentlichkeitswirksam zu positionieren, sondern durch einen reibungslosen Ablauf und geschickte Moderation auch ihr Image zu verbessern und sich darüber hinaus als Investitionsstandort sowie als Urlaubsziel für Touristen stärker ins Gespräch zu bringen. Zwar dürften für Direktinvestitionen letztlich die Zahlen sowie die wirtschaftliche Perspektive den Ausschlag geben. Jedoch ist das europäische Rampenlicht als zusätzliche Publicity hochwillkommen.

Konsum und Investitionen treiben Wachstum

Unter Wachstumsaspekten präsentieren sich Bulgarien und Rumänien derzeit in einem günstigen Licht, wobei Bulgarien mehr Konstanz aufweist. In Rumänien hat die Dynamik in den ersten drei Monaten dieses Jahres spürbar nachgelassen: Hier erreichte das BIP-Wachstum gegenüber dem Vorjahr real 4,2 % nach 6,6 % im Schlussquartal 2017. In Bulgarien waren es 3,6 % (nach 3,5 %). Damit bleiben die Werte oberhalb des EU-Durchschnitts von 2,4 %. Für 2018 ist für Bulgarien insgesamt ein reales BIP-Wachstum von 3,8 % zu erwarten, während Rumänien auch aufgrund der starken Vorjahresbasis ein abgeschwächtes Plus von 4,1 % erreichen sollte.

Wachstumshöhepunkt überschritten

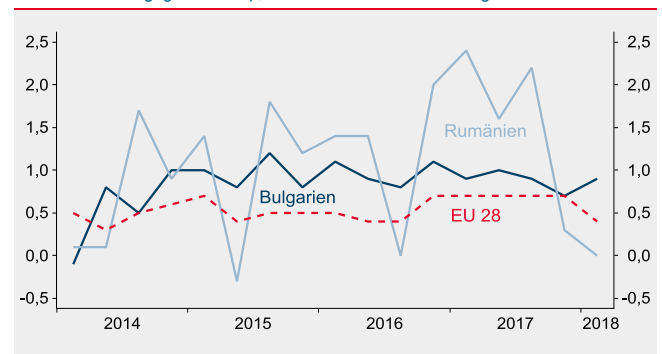
Reales BIP in % gegenüber Vj., saison- und kalenderbereinigt



Quellen: Macrobond, Helaba Volkswirtschaft/Research

Dynamik lässt nach

Reales BIP in % gegenüber Vq., saison- und kalenderbereinigt



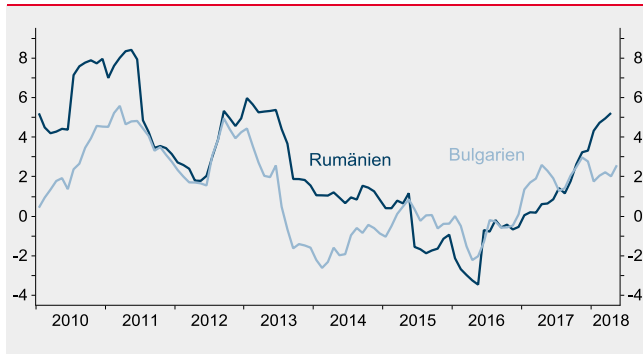
Quellen: Macrobond, Helaba Volkswirtschaft/Research

Inlandsnachfrage trägt Wachstum

Das Wirtschaftswachstum wird von der Inlandsnachfrage dominiert. Einen wichtigen Beitrag leistet dabei der private Verbrauch, der zwar weiterhin robust ist. Zusätzliche Wachstumsimpulse sind aber nicht zu erwarten. Die Investitionen legen zu, unterstützt von anlaufenden Projekten im Rahmen der aktuellen EU-Förderperiode. Die Inflation ist zuletzt jeweils deutlich gestiegen. In Bulgarien liegt sie damit aber erst bei 2,6 %, während sie in Rumänien über 5 % erreicht und so die Kaufkraft empfindlich schmälert. Um dem Trend entgegenzuwirken, hat die rumänische Notenbank den Leitzins 2018 mehrfach auf mittlerweile 2,5 % angehoben.

Inflation hat Fahrt aufgenommen

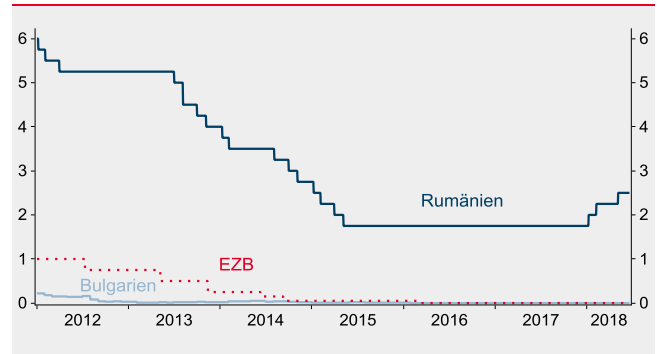
Verbraucherpreise in % gegen Vj.



Quellen: Macrobond, Helaba Volkswirtschaft/Research

Rumänische Notenbank steuert gegen

Leitzinsen in %



Quellen: Macrobond, Helaba Volkswirtschaft/Research

Für 2018 ist mit weiteren Zinsschritten zu rechnen, da das Inflationsziel von 2,5 % (mit einer Bandbreite von einem Prozentpunkt nach oben und unten) zuletzt deutlich überschritten wurde und auch die um volatile Komponenten bereinigte Inflationsrate wieder über 3 % gestiegen ist. Dagegen hat die bulgarische Zentralbank aufgrund des Currency Board mit festen Wechselkursen zum Euro nur begrenzten monetären Handlungsspielraum.

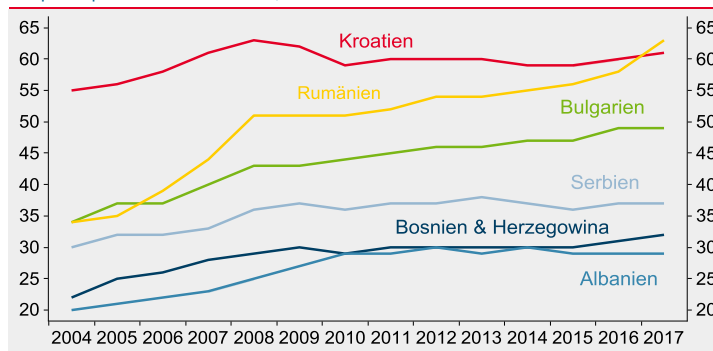
Wachstum begünstigt Aufholprozess, der aber noch Zeit braucht

Großer Abstand zum Wohlstandsniveau der EU

Bei allen Fortschritten, die beide Länder seit ihrem Beitritt zur EU 2007 erzielen konnten, hinken sie in der Wirtschaftskraft noch deutlich hinterher. Insgesamt hat Rumänien hier etwas stärker zum EU-Durchschnitt aufgeschlossen und Bulgarien dabei überholt. Dennoch erreichte das rumänische Pro-Kopf-BIP 2017 erst gut 60 %, das bulgarische nur rund 50 % des EU-Werts. Das seit einiger Zeit zügige Wirtschaftswachstum bringt über die Jahre eine Annäherung, wenn auch nur zögerlich.

EU-Mitgliedschaft befördert Wirtschaftskraft

BIP pro Kopf in Kaufkraftstandards, EU28 = 100



Quellen: Macrobond, Helaba Volkswirtschaft/Research

Hinzu kommt, dass die beiden Länder hinsichtlich der inländischen Einkommensdisparitäten im EU-Vergleich auch nach Steuern und Transferzahlungen zusammen mit Litauen auf den letzten Plätzen landen. Das jeweilige Steuersystem und die Sozialtransfers sind offenbar nicht geeignet, bestehende Einkommensungleichheit zu reduzieren.

Damit einher geht eine Arbeitslosenquote junger Menschen, die in Rumänien gegen den EU-Trend steigt und zuletzt fast 20 % erreichte. Die Einführung dualer Elemente in die Berufsausbildung seit 2012 scheint hier noch nicht recht zu greifen. In Bulgarien lag die saisonbereinigte Jugendarbeitslosenquote Ende 2017 bei 10,8 % und damit unter dem EU-Durchschnitt von 16,0 %, der allerdings von extremen Werten in Griechenland und Spanien (2017 jeweils um 40 %) nach oben gezogen wird. Kritisch daran ist, dass diese Generation am aktuellen Boom v.a. in Rumänien kaum teilzuhaben scheint.

Was geschieht, wenn sich das Wirtschaftswachstum abschwächt, ohne dass die von IWF und EU angemahnten Reformen z.B. im Bildungssektor durchgeführt wurden, ist leicht abzusehen. Der Aufholprozess kann aber nur gelingen, wenn die jüngere Generation mitgenommen wird.

Mittelfristige Aussichten: Licht und Schatten

Günstige Kostensituation
für Investoren,...

Für Investoren sind Rumänien und Bulgarien in verschiedener Hinsicht von Interesse. Dabei hat die EU-Mitgliedschaft einen besonderen Stellenwert. Auch die geringen Arbeitskosten, die trotz zweistelliger Zuwachsraten im vergangenen Jahr mit 4,90 Euro je Stunde in Bulgarien und 6,30 Euro in Rumänien alle anderen EU-Länder unterboten, sowie niedrige Unternehmenssteuern finden sich hier auf der Habenseite. Für Investoren dürfte außerdem die geografische Lage als Brücke von der EU in weiter östlich gelegene Länder sowie das noch nicht erschlossene Marktpotenzial attraktiv sein. Insbesondere Rumänien kann hier mit der Größe seines Inlandsmarktes punkten. Dass beide Länder von der EU überwacht und begleitet werden, ist zwar einerseits Ausdruck noch bestehender Defizite, andererseits aber auch mit einer Entwicklungsperspektive verknüpft. Bulgarien kann bei den positiven Argumenten außerdem den stabilen Wechselkurs zum Euro sowie die formale Erfüllung der meisten Konvergenzkriterien für sich verbuchen.

Was für Investoren zählt – die wichtigsten Argumente

pro	contra
<ul style="list-style-type: none"> - EU-Mitgliedschaft, enge Überwachung, Kontrollmechanismen - Marktpotenzial z.T. noch nicht erschlossen - Marktgröße Rumänien: 19 Mio. Einwohner - Günstige Lage als Brücke nach Osten - Geringe Lohnkosten - Niedrige Steuersätze - Funktionierendes Currency Board Bulgariens - Bulgarien mit guter Bilanz bei EU-Konvergenzkriterien 	<ul style="list-style-type: none"> - Fachkräftemangel wegen Alterung, Emigration, niedriger Ausbildungsstandards - Mangelnde Infrastruktur - Ineffiziente Verwaltung, unzureichende Absorption von Fördermitteln - Korruption - Politische Stabilität fraglich - Sehr geringe Kaufkraft - Leistungsbilanzdefizite - Euro-Einführung noch nicht absehbar - Bürokratie erschwert Unternehmensgründung

Quelle: Helaba Volkswirtschaft/Research

Gleichzeitig finden sich aber auch Faktoren, die die Entwicklung sowie die weitere Annäherung an die durchschnittliche Wirtschaftskraft der EU und damit die Entscheidung von Investoren für die Region erschweren. So ist die Kaufkraft noch schwach. Auch strukturelle Aspekte, etwa die Verkehrsinfrastruktur, die Effizienz des Verwaltungsapparats sowie die Transparenz von Entscheidungsprozessen lassen oft noch zu wünschen übrig. Die Arbeitskosten sind so niedrig, dass sie trotz der geringeren Lebenshaltungskosten vielen einen Anstoß zur Migration geben. Außerdem besteht aus Sicht der Länder die Gefahr, dauerhaft im Status eines Billiglohnlandes bzw. einer verlängerten Werkbank gefangen zu sein, ohne am Fortschritt durch höherwertige Produktionsschritte Teil zu haben.

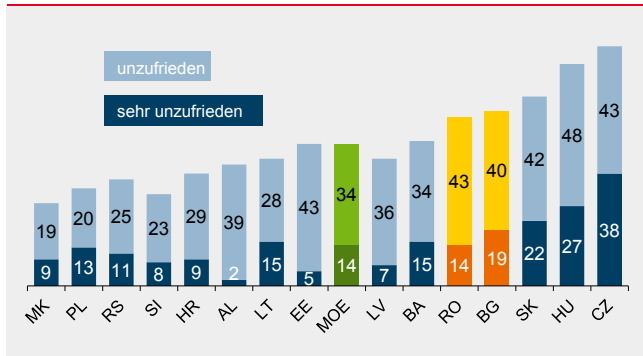
...aber Fachkräfte
kaum verfügbar

Besonders kritisch sind die hinteren Plätze im Vergleich der mittelosteuropäischen Länder, die die befragten Mitgliedsunternehmen der Auslandshandelskammern (AHK) den Standorten Bulgarien und Rumänien bei der Verfügbarkeit von Fachpersonal und bei der Qualifikation der Arbeitnehmer gegeben haben¹. Hier besteht das Risiko, dass der Vorteil niedriger Arbeitskosten nicht ausgespielt werden kann.

¹ AHK-Konjunkturumfrage Mittelosteuropa, 2017

Fachkräftemangel könnte abschrecken

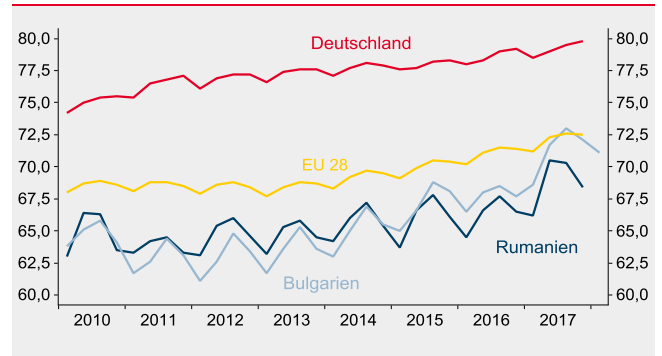
Beurteilung der Verfügbarkeit von Fachkräften, in % aller befragten Unternehmen



Quellen: AHK Rumänien, Helaba Volkswirtschaft/Research

Arbeitskräftepotenzial noch nicht ausgeschöpft

Beschäftigungsquote 20 bis 64 Jahre in %



Quellen: Macrobond, Helaba Volkswirtschaft/Research

Entlasten könnte eine bessere Ausschöpfung des vorhandenen Arbeitskräftepotenzials. Zuletzt waren in Rumänien und Bulgarien mit einer Beschäftigungsquote von um die 70 % bei den 20 bis 64-Jährigen weniger Menschen in Lohn und Brot als im Durchschnitt der EU. Ein stärkerer Fokus auf Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen würde dabei gleichzeitig den Fachkräftemangel und die Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen.

EU-Gelder unterstützen und verbessern Perspektive

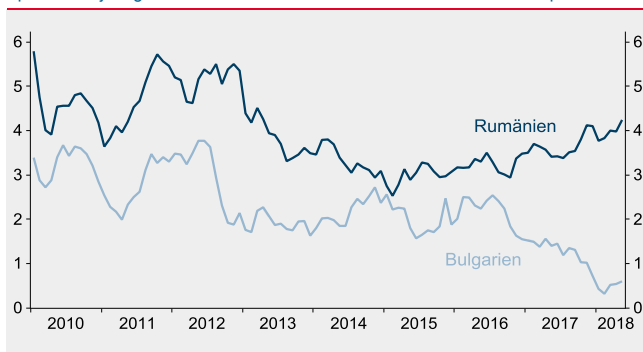
Bei Maßnahmen, die die Beschäftigung, aber auch generell die Wachstumsperspektive der Länder verbessern sollen, sind die Mittel aus dem EU-Haushalt unverzichtbar. In der aktuellen Haushaltsperiode 2014-2020 stehen Bulgarien hier über den Kohäsionsfonds, den Regionalfonds und andere Instrumente rund 10 Mrd. Euro aus EU-Mitteln zur Verfügung, das sind knapp 1.400 Euro pro Kopf. Rumänien kann mit 31 Mrd. Euro bzw. rund 1.550 Euro pro Kopf rechnen. Der größte Posten ist dabei in beiden Ländern mit einem Anteil von gut einem Drittel der Europäische Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE), der z.B. Infrastrukturinvestitionen bezuschusst. An zweiter Stelle rangiert mit je rund einem Viertel die Agrarpolitik, was die noch immer relativ große Bedeutung dieses Sektors in der Region unterstreicht. Bei der Mittelverwendung haben Umweltschutz, Ressourceneffizienz und Verkehrsinfrastruktur jeweils ein besonderes Gewicht.

Reibungsverluste durch ineffiziente Strukturen

Entscheidend für die effektive Nutzung der Mittel sind funktionierende Verwaltungsstrukturen, die eine koordinierte Planung sowie die zügige Entwicklung geeigneter Projekte ermöglichen und sicherstellen, dass die Mittel zielgerichtet abgerufen werden und darüber hinaus die erforderliche Kofinanzierung aus dem Staatshaushalt fristgerecht erfolgt. Im aktuellen Mehrjährigen Finanzrahmen der EU bis 2020 wurden in Bulgarien und Rumänien bislang nur 18 % abgerufen, was leicht unter dem EU-Durchschnitt liegt. Gegen Ende des Haushaltszeitraums steigen die sogenannten Absorptionsquoten in der Regel. Jedoch wäre eine frühzeitige Planung wünschenswert, um durch aufeinander abgestimmte Projekte die Mittel effizient zu nutzen.

Investoren vorsichtiger in Rumänien

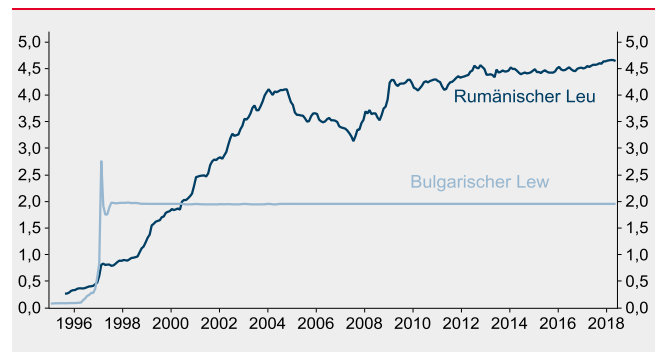
Spreads 10-jähriger Staatsanleihen zur deutschen Benchmark in Basispunkten



Quellen: Macrobond, Helaba Volkswirtschaft/Research

Currency Board – ein Vorgeschmack von Euro

Wechselkurse zum Euro



Quellen: Macrobond, Helaba Volkswirtschaft/Research

Nicht nur in dieser Hinsicht ist eine stabile, handlungsfähige Regierung wichtig. Allerdings gibt es immer wieder politische Turbulenzen in Bulgarien und Rumänien. Planungssicherheit ist jedoch für Investoren nicht nur ein Nebenaspekt. Verunsicherung über die (wirtschafts-)politische Richtung erhöht an den Finanzmärkten der betroffenen Länder tendenziell die Risikoaufschläge auf Staatsanleihen.

Alle Zeichen auf Euro?

EU-Länder zum Euro verpflichtet

Durch Integrationsschritte in Richtung Europa werden Investitionshindernisse abgebaut und zusätzliche Planungssicherheit geschaffen. Der wirtschaftlich bedeutendste Schritt, der für Rumänien und Bulgarien in diese Rubrik fällt, wäre die Euro-Einführung. Grundsätzlich sind alle EU-Länder vertraglich zur Übernahme der Gemeinschaftswährung verpflichtet. Die jüngsten Mitglieder der Eurozone sind Lettland und Litauen, die 2014 und 2015 dazukamen. Aktuell strebt nun Bulgarien den Euro an, während Rumänien abwartet. Noch 2018 soll der Beitritt zum WKM II, der Vorstufe zum Euro erfolgen. Das Currency Board mit festen Wechselkursen bestand bereits zu D-Markzeiten und wurde auf den Euro übertragen.

Alle zwei Jahre beurteilen die Europäische Zentralbank und die EU-Kommission anhand der sogenannten Konvergenzkriterien und anderer Wirtschaftsfaktoren, in wieweit die EU-Länder, die noch nicht Teil der Eurozone sind und für die auch nicht wie für Dänemark eine Sonderregelung gilt, sich wirtschaftlich an die Euro-Länder angenähert haben. Dabei geht es zunächst um die Einhaltung der Referenzwerte für die Inflation, die langfristigen Zinsen, das öffentliche Defizit und den Schuldenstand sowie um stabile Wechselkurse und die Vereinbarkeit der Rechtsvorschriften. In den aktuellen Konvergenzberichten wird aber auch Wert auf die Nachhaltigkeit der Entwicklung gelegt. Zu diesem Zweck werden u.a. Schwächen der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, im Bildungssektor, im Verwaltungs- und Justizwesen sowie bei der Absorption von EU-Mitteln beleuchtet und entsprechende Reformen angemahnt.

Erfüllung der Konvergenzkriterien

Stand Juni 2018

	Inflation	Budgetsaldo	Verschuldung	langfristiger Zinssatz	Teilnahme am Wechselkursmechanismus?	mit dem Gesetz vereinbar?	Kriterien erfüllt?
	%	% des BIP		%			
Referenzwert	1,9	-3,0	60,0	3,2	-	-	-
Bulgarien	1,4	0,9	25,4	1,4	nein	nein	-
Tschech. Rep.	2,2	1,6	34,6	1,3	nein	nein	-
Kroatien	1,3	0,8	78,0*	2,6	nein	ja	-
Ungarn	2,2	-2,0	73,6*	2,7	nein	nein	-
Polen	1,4	-1,7	50,6	3,3	nein	nein	-
Rumänien	1,9**	-2,9	35,0	4,1	nein	nein	-
Schweden	1,9	1,3	40,6	0,7	nein	nein	-

*Wert oberhalb des Referenzwerts, aber rückläufig; Kriterium gilt daher als erfüllt; **EU erwartet steigende Werte Berichtszeitraum 12 bzw. 24 Monate bis März 2018, für Staatsfinanzen Daten 2017

Quellen: Konvergenzberichte EZB und EU-Kommission 2018, Helaba Volkswirtschaft/Research

Reale Konvergenz gewinnt an Bedeutung

Bei den quantitativen Kriterien geben sowohl die EZB als auch die EU-Kommission Bulgarien grünes Licht. Das Erfordernis einer unabhängigen Zentralbank wird aber noch nicht erfüllt, wie auch die Teilnahme am Wechselkursmechanismus. Ein Erfolg hinsichtlich der ökonomischen Fortschritte war die Entscheidung der EU-Kommission im März, Bulgarien von der Liste der EU-Länder mit übermäßigen wirtschaftlichen Ungleichgewichten zu streichen. Denn während bei früheren Erweiterungsrounds politischen Überlegungen eine hohe Priorität eingeräumt wurde, dürfte nach den Erfahrungen der diversen Krisen in den vergangenen Jahren die dauerhafte wirtschaftliche Konvergenz der Kandidaten zu den Euroländern bei der Entscheidung über die Erweiterung der Eurozone eine größere Rolle spielen. Gleichwohl wird die Politik weiterhin bedeutsam sein.

Bankenunion vor Euro?

Die Welt hat sich jedoch in den letzten Jahren weiter gedreht – Stichwort Bankenunion, Bankenaufsicht etc. Die EU-Länder wünschen daher vor der Entscheidung über die Aufnahme in den Kreis der Euroländer auch einen detaillierten Einblick in das bulgarische Banken- und Finanzwesen. Mit dem Hinweis auf die bisherige Erweiterungspraxis hat das Land ein solches Vorgehen aber entschieden abgelehnt und bekräftigt, innerhalb eines Jahres gleichzeitig dem WKM II und der Bankenunion beitreten zu wollen.

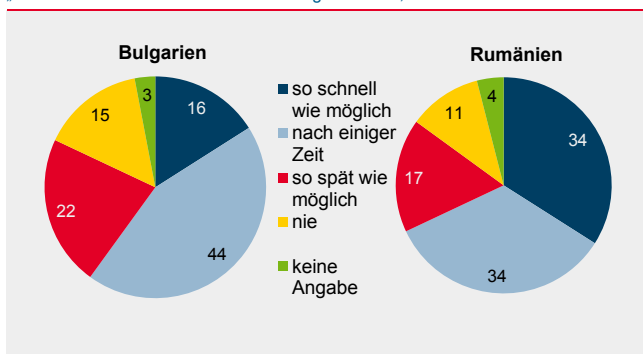
Rumänien scheidet derzeit an mehreren Konvergenzkriterien und strebt die rasche Einführung der Einheitswährung, die eine Einschränkung seiner wirtschaftspolitischen Handlungsspielräume bedeuten würde, aktuell nicht an, sondern erst für 2024. Im Mai hat die EU-Kommission außerdem eine Warnung hinsichtlich der langfristigen Haushaltsentwicklung übermittelt. Rumänien fährt eine prozyklische Fiskalpolitik, die erhöhte Budgetrisiken mit sich bringt. So wurde die Einkommensteuer zu Jahresbeginn auf einheitlich nur noch 10 % gesenkt, die Gehälter im öffentlichen Dienst wurden mehrfach kräftig angehoben.

Bevölkerung skeptisch

Hinsichtlich der Haltung der Bevölkerung zum Euro fördert die aktuelle Eurobarometer-Umfrage in den sieben EU-Ländern, die den Euro bislang noch nicht eingeführt haben, deutliche Unterschiede in den beiden Ländern zutage: Die Zustimmung ist insgesamt etwas größer als bei der letzten Umfrage 2017. Jedoch befürwortet nur etwa die Hälfte der befragten Bulgaren einen solchen Schritt, während die Rumänen dem mit 69 % von allen Ländern am positivsten gegenüberstehen. Eilig hat es dabei auch nur ein Drittel der Rumänen, während für nahezu die Hälfte der Bulgaren „nach einiger Zeit“ ausreicht.

Euro-Start: Dringend sieht anders aus

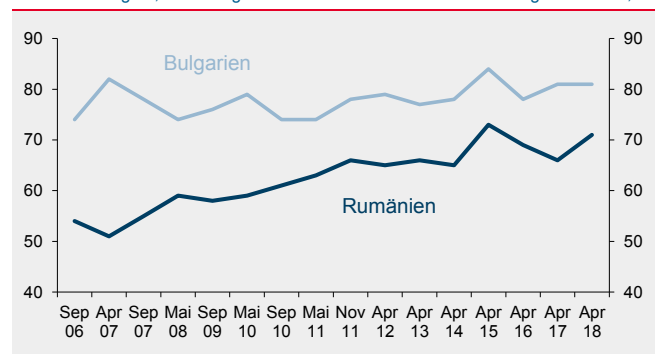
„Wann soll der Euro Ihre Landeswährung werden?“, %



Quellen: Eurobarometer, Helaba Volkswirtschaft/Research

Inflationbefürchtungen

Anteil d. Befragten, die betrügerische Preise bei der Euro-Einführung befürchten, %



Quellen: Eurobarometer, Helaba Volkswirtschaft/Research

Preissteigerungen befürchtet

Die Skepsis hängt offensichtlich mit den Preiserwartungen zusammen, die mit der Euro-Einführung verbunden sind. Über zwei Drittel der befragten Bulgaren sind überzeugt, dass mit dem Euro die Preise steigen würden. Besonders in der Übergangsphase rechnen 80 % der Bulgaren mit Preissetzungen, die die Unwissenheit der Bevölkerung ausnutzen. Außerdem befürchtet rund die Hälfte der Bevölkerung in den beiden Ländern, mit der nationalen Währung sowohl die Kontrolle über die Wirtschaftspolitik als auch einen Teil der Identität zu verlieren, obwohl jeweils eine Mehrheit die Vorteile sieht, die andere Länder durch den Euro hatten. Trotz aller Bedenken rechnen Bulgaren und Rumänen nach den Kroaten am ehesten mit einer zügigen Euro-Einführung, d.h. innerhalb der nächsten fünf Jahre.

So bestehen auf beiden Seiten noch spürbare Vorbehalte gegen diesen Schritt hin zu einer tieferen Integration in die EU. Deren Institutionen dürften sich kaum von einer gründlichen Bücherprüfung abbringen lassen. Die Erfahrung lehrt allerdings, dass auch dies keine Garantie für eine reibungslose Euromitgliedschaft ist. Von allen Ländern, die noch zur Einführung des Euro verpflichtet sind, hat Bulgarien aber – bei aller Skepsis in der Bevölkerung – derzeit die Nase vorn. ■